

Demokratie und Meinungsfreiheit in der Türkei

Demokrasi ve Türkiye'deki ifade özgürlüğü

Seit den Parlamentswahlen im Juni 2011 wurden in der Türkei verstärkt politische Verhaftungen organisiert. Tausende Aktivisten, Politiker, Sozialisten, Menschenrechtler, Gewerkschaftler, Intellektuelle, Rechtsanwälte, Frauenaktivistinnen und kritische Journalisten, wurden auf Grundlage von Antiterrorgesetzen in Haft genommen.

Allein über 100 Journalisten und Medienmitarbeiter/innen sitzen in der Türkei in Gefängnissen. Amnesty international berichtete bereits im vergangenen Jahr über eine besorgniserregende Menschenrechtssituation in der Türkei – 2012 hat sich diese Lage dramatisch zugespitzt. Gerichtsverfahren und staatsanwaltliche Ermittlungen gibt es laut türkischen Medien gegen mehr als tausend Journalisten im Land. Die ungelöste Kurdenfrage bleibt dabei im Zentrum der bedrohten Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei.

Die anhaltende Verhaftungswelle gegen Politiker der legalen kurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) – darunter 30 Bürgermeister, sechs Abgeordnete, sowie Hunderte Stadträte und Parteivorstände – verdeutlicht die repressive Politik der Regierungspartei AKP. Durch die massenhaften Verhaftungen der lokalen Aktivist/innen und Parteiverantwortlichen der BDP und Verurteilungen zu hohen Haftstrafen, soll eine Lähmung in dieser Partei erreicht werden – eine politische Lösung des Kurdenkonfliktes wird ausgeschlossen.

Gleichzeitig werden die Gewerkschaften, die noch immer ihre Stimme gegen die Regierungspolitik erheben und Widerstand leisten, gegen einen aggressiven kapitalfreundlichen Neoliberalismus der AKP und die Verhinderung gewerkschaftlicher Mitbestimmung, zum Ziel der staatlichen Repressionen.

**Um auf diese Situation aufmerksam zu machen und zu informieren,
lädt der Kreisverband Pinneberg der LINKEN ein zu einer**

-bir bilgilendirme toplantısına davet- Informations- u. Diskussionsveranstaltung mit Andrej Hunko

**Mitglied der Bundestagsfraktion DIE LINKE u.
der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

**u. Yılmaz Kaba, Die Linke NDS u.
YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland)**

**Di., 11. Dezember 2012, 19:30
Industriemuseum Elmshorn
Catharinenstr. 1**

DIE LINKE.
Kreisverband Pinneberg

„Neden Avrupa sessiz kalıyor?“ „Warum schweigt Europa?“

Diese Frage wurde **Andrej Hunko** während seiner verschiedenen Aufenthalte in der Türkei und in den kurdischen Gebieten – u.a. als Delegationsteilnehmer der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und als Wahlbeobachter, als Parlamentarier und Prozessbeobachter – so, immer wieder gestellt. Z. B. im Rahmen eines Gefängnisbesuches in Urfa in diesem Jahr, wo kurz zuvor 13 Gefangene bei einem Brand ums Leben gekommen sind. Und die Frage tauchte für ihn immer wieder auf im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, mit der Forderung der kurdischen Bevölkerung nach rechtlicher Anerkennung, kultureller Identität und der Forderung einer politischen Lösung der kurdischen Frage.

Die aktuellen Vorgänge gegen Oppositionelle in der Türkei finden mit Wissen und Zustimmung der Regierung statt. Die in den letzten zehn Jahren zur neuen Staatspartei aufgestiegene islamisch-konservative AKP (Partei für Gerechtigkeit u. Entwicklung), definiert die ungelöste Kurdenfrage als „Terrorproblem“. Unter der Regierung der AKP fand nach Ansicht nicht weniger Menschen, keine Schritte zur notwendigen Demokratisierung der Türkei statt, sondern ein schleichender Wandel zu einem autoritären Unterdrückungsstaat, in dem Regierungsgegner mundtot gemacht werden.

**Anfang November 2012:
Nach Angaben des türkischen Menschenrechtsverein IHD,
befinden sich seit dem 12. September in fast 90 Gefängnissen der Türkei,
Hunderte von politischen Gefangenen in einem
unbefristeten Hungerstreik.**

Während der Gesundheitszustand einer Reihe von hungerstreikenden Gefangenen lebensbedrohlich geworden ist, haben Tausende weitere Gefangene ihren Eintritt in diesen Hungerstreik erklärt.

Die zentrale Forderung der Hungerstreikenden ist die Aufhebung der Isolationshaft des auf der Gefängnisinsel Imralı im Marmarameer gefangenen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, zu dem zu diesem Zeitpunkt bereits seit über 14 Monaten kein Kontakt mehr durch seine Anwälte besteht.

Gefordert wird weiterhin die vollständige Aufhebung aller staatlichen Barrieren gegenüber der kurdischen Sprache – denn muttersprachlicher Schulunterricht existiert in der Türkei nach wie vor ebensowenig, wie die Möglichkeit, sich vor Gericht auf Kurdisch zu verteidigen.

**Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat im November
in einer Erklärung ihre Solidarität mit den
Gefangenen in der Türkei zum Ausdruck gebracht.**

www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/solidaritaet-mit-den-politischen-gefangenen-in-der-tuerkei/

**GLEICHE RECHTE FÜR ALLE
HEMAN MAF JIBO HER KESI - HERKES İÇİN EŞİT HAKLAR**